

**Israel und die Europäische Union – mehr als eine
Partnerschaft**

Rede

**von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
anlässlich der gemeinsamen Veranstaltung der Konrad-
Adenauer-Stiftung und des Helmut-Kohl-Instituts in
Jerusalem**

am Montag, 8. Mai 2006 um 19.00 Uhr

Sperrfrist: Montag, 8. Mai, 19.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

I.

Jeder Deutsche, der Anstand hat, hat ein verzehrendes Gefühl von Scham, wenn er sich die Verbrechen vor Augen stellt, die von Deutschen und in deutschem Namen geschehen sind. Er hat ein verzehrendes Gefühl der Scham, wenn er an den Holocaust denkt. Ich will kein Deutschland, das dieses Schamgefühl verliert. Es wäre ein unanständiges Deutschland.

Gerade die Shoah, dieser unvorstellbare staatlich verordnete und von viel zu viel Menschen bereitwillig mitgetragene Massenmord, hat wie kaum ein Ereignis zuvor das Bewusstsein dafür geschärft, wie eng Judentum und Christentum miteinander verflochten waren und sind. Und es hat gezeigt, wie sehr sich auch und gerade Christen schuldig gemacht haben. Diese Schuld vorbehaltlos anzuerkennen, ist unser aller Auftrag, gerade und besonders dann, wenn wir von der jüdisch-christlichen Tradition sprechen.

Die beiden christlichen Kirchen sind hier deshalb auch neue Wege gegangen, etwa mit der evangelischen „Theologie nach Auschwitz“. Und mit dem zweiten Vatikanischen Konzil hat die Katholische Kirche ein neues Verhältnis zwischen Kirche und dem Volk Israel initiiert. Das Schuldbekenntnis von Papst Johannes Paul II. in Yad Vashem im Jahr 2000 hat diesem neuen Verhältnis noch eine ganz neue Qualität gegeben. Papst

Johannes Paul II. hat uns damit noch einmal sehr eindringlich bewusst gemacht, wie sehr der Holocaust die ganze europäische Kultur in Frage gestellt hat – gerade weil er den jüdischen Teil daran so radikal negierte.

Wenn wir uns diese Geschichte vor Augen halten, dann drängt sich mir die Frage auf: Könnte man mit Fug und Recht Israel eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union verweigern, wenn es darum ersuchen würde? Ich denke, das wäre aus den genannten Gründen und aufgrund unserer gemeinsamen historischen Erfahrung unmöglich. Für uns Deutsche gilt dies angesichts der besonderen Schuld in ganz besonderem Maße. Deshalb ist uns auch der Kampf gegen den Antisemitismus ein zentrales Anliegen. Vergleiche, die die Shoah verharmlosen, sind ein Skandal und dürfen nicht geduldet werden.

II.

Helmut Kohl hat einmal gesagt, die Visionäre seien die eigentlichen Realisten. Damit hat er Recht. So vieles, was noch vor kurzem als utopisch gegolten hat, ist gerade in Europa innerhalb kurzer Zeit Wirklichkeit geworden. Ich denke nur an die europäische Erweiterung um die Staaten Ostmitteleuropas oder an die gemeinsame europäische Währung, die noch vor wenigen Jahren als fantastische Spekulationen abgetan wurden. Heute sind sie eine Selbstverständlichkeit.

Die ungeheure Dynamik, die die globale Entwicklung ergriffen hat, kann bisweilen irritieren und Befürchtungen wecken. Aber insgesamt hält sie auch ungeheure Möglichkeiten und Entwicklungspotenziale bereit. Die Konflikte mögen durch die Globalisierungsprozesse zunehmen. Aber zugleich wächst der Druck, durch mehr Kommunikation und Austausch zu friedlichen Lösungen zu gelangen.

Deshalb gilt heute mehr denn je, dass man lernen muss, die Welt mit anderen Augen zu sehen. Das stete Beharren auf eigenen Sichtweisen führt niemanden weiter, schon gar nicht in Konflikten. Bei den Wahlen im März hat die große Mehrheit der Israelis ihre Bereitschaft bekundet, neunzig Prozent der besetzten palästinensischen Gebiete einschließlich einiger Teile von Jerusalem aufzugeben. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, dass der Koalitionsvertrag der Kadima- und der Arbeiterpartei nun auch vorsieht, dass Israel sich auf seine endgültigen Grenzen zurückzieht und damit Ansprüche auf das Westjordanland aufgibt.

Der Wille zum Ausgleich und zum Kompromiss ist erkennbar, denn diese Grenzen sollen durch Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Palästinensern auf der Grundlage des internationalen Friedensplans erreicht werden. Aber hier bleibt noch vieles offen, das geklärt werden muss. Eines ist jedenfalls

sicher: Das palästinensische Volk hat das Recht auf einen eigenen Staat: Seite an Seite mit Israel, in Frieden, Sicherheit und anerkannten Grenzen.

Genauso klar muss aber auch die Anerkennung der staatlichen Existenz Israels sein. Alles andere ist nicht akzeptabel. Wer das Existenzrecht Israels leugnet, kann als ernsthafter Partner einer nachhaltigen Friedenslösung nicht in Betracht kommen. Die neue von Hamas gebildete palästinensische Regierung muss in den international gestützten Verhandlungsprozess eintreten und die Grundbedingungen für einen Frieden nach dem Plan der Roadmap akzeptieren. Wenn das gelingt, dann stehen die Chancen für eine friedliche Lösung des Konflikts gut – gerade auch weil die Mehrheit der Palästinenser nach wie vor zu einer Zwei-Staaten-Lösung steht.

Entscheidend ist, dass wir alle gemeinsam an einer friedlichen Zukunft für Israel und den Nahen Osten arbeiten. Deutschland ist dabei in einer besonderen Verantwortung. Bundespräsident Köhler hat in aller Klarheit gesagt, dass wir Deutsche heute und in Zukunft unverbrüchlich zu Israel stehen. Und er hat zu Recht betont, dass die Verantwortung für die Shoah Teil der deutschen Identität geworden ist. Wir sind uns unserer besonderen Verantwortung deshalb voll bewusst. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, werden wir Israel in jeder Hinsicht politisch unterstützen. Aber wir werden nur Erfolg

haben, wenn wir unser ganzes politisches Gewicht in die Waagschale werfen. Und dieses Gewicht ist heute ein wesentlich europäisches Gewicht. Oder anders gesagt: Nur die Europäer gemeinsam können genug Wirkung entfalten, um den Friedensprozess in der Region nachhaltig zu unterstützen.

III.

Europa muss, wie Jean Monnet einmal gesagt hat, „ein Beitrag zu einer besseren Welt sein.“ Dazu muss es stark sein. Aber gegenwärtig ist es nicht stark. Diese Antwort kann nur lauten: Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger. Und wir brauchen ein starkes Europa. Ein solches Europa muss ein Europa mit einer eigenen Staatlichkeit sein. Die schon heute existierenden Elemente einer solchen Staatlichkeit von der Grundrechtecharta über die gemeinsame Währung bis zum gemeinsamen Schutz der Außengrenzen müssen gestärkt und ausgebaut werden.

Dieses Europa darf und wird kein Superstaat werden. Aber es muss ein Europa sein, das die sozialen und ökonomischen Herausforderungen nicht nur auf nationaler Ebene lösen will. Nur ein Europa, das die tiefen sozialen und ökonomischen Probleme meistert, wird die Zustimmung bei den Menschen finden. Ohne diese Zustimmung wird es keine Vertiefung der europäischen Integration geben. Denn die Unterwerfung unter

ein gemeinsames Recht erfordert ein umfassendes Bewusstsein gemeinsamer Identität.

Das heißt auch: Wer die europäische Staatlichkeit im 21. Jahrhundert vertiefen will, darf die Grenzen Europas nicht überdehnen. Ein räumlich und anders überdehntes Europa wird nicht das starke Europa sein. Ich will ein Europa mit klaren Grenzen, das offen ist für Kooperationen, aber zugleich eine klare territoriale Identität wahrt.

Wir müssen ein Europa bauen, das das Subsidiaritätsprinzip und die demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten effektiver und grundsätzlicher wahrt als bisher.

Wir müssen ein Europa bauen, das die Herausforderungen der Globalisierung und der Wissensgesellschaft meistert und wieder zum Kontinent der wissenschaftlichen Weltspitze wird, denn „Wissen“ ist zur zentralen Wirtschaftsressource geworden. Es wird als wichtigster Produktionsfaktor die gesellschaftliche Entwicklung im 21. Jahrhundert bestimmen. Das muss sich auch im Haushalt der EU spiegeln.

Wir müssen ein Europa bauen, das in transatlantischer Kooperation zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik findet, die diesen Namen auch wirklich verdient. Die Außen- und Sicherheitspolitik wird angesichts der globalen Terrorismusgefahr und der Instabilität der Weltordnung eine Schlüsselrolle für die europäische Integration im 21. Jahrhundert spielen. Und nur mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik werden wir auch ein echtes europäisches Wir-Gefühl schaffen.

Diese stärkere Integration der Außen- und Sicherheitspolitik ist übrigen kein Regierungshandeln über die Köpfe der Menschen hinweg. Es entspricht dem Wunsch der Mehrheit der Europäerinnen und Europäer, denn alle Umfragen belegen, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas mit überwältigender Mehrheit für eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik votieren. Viel zu wenig beachtet wird nämlich die historische Erfahrung, dass eine politische Gemeinschaft Zustimmung und Loyalität ihrer Bürger nur findet, wenn sie zuständig ist für das Verhältnis zur übrigen Welt und das zentrale Interesse der Sicherheit befriedigt. Das gilt auch für Europa, für seine Identität, sein Selbstverständnis, sein Wir-Gefühl und den Willen zu einer gemeinsamen Zukunft.

IV.

In diesem Kontext steht auch die Vertiefung der Beziehungen zu Israel. Es kommt darauf an, die Partnerschaft der EU mit Israel zu stärken und zu vertiefen. Die Grundlagen dafür sind da. Sie sind gefestigt. Seit der so genannten Essener EU-Erklärung von 1994 hat Israel einen privilegierten Status im Verhältnis zur Europäischen Union. Dazu kamen 1995 ein weiteres Assoziierungsabkommen und ein Jahr später ein Abkommen über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit. Dieser Status ist außer Israel keinem anderen außereuropäischen Staat gewährt worden. Ich selbst habe mich als Bundesforschungsminister in dieser Zeit stark für die Einbindung Israels in das 6. EU-Forschungsrahmenprogramm eingesetzt.

Diese Bemühungen haben sich sehr gut weiterentwickelt: Seit Juni 2000 ist Israel Mitglied der EUREKA-Forschungsinitiative. Und inzwischen ist die EU auch der größte Wirtschaftspartner Israels geworden und rangiert damit noch vor den USA. Schließlich sehe ich auch einen großen Fortschritt darin, dass der Allgemeine Rat der EU 2004 einen Aktionsplan für Israel als Teil der europäischen Nachbarschaftspolitik angenommen hat, um die politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und sicherheitspolitischen Beziehungen zu vertiefen. Das eröffnet eine bessere Chance zur Teilhabe am

europäischen Binnenmarkt und eine bessere Beteiligung an den EU-Programmen.

Man sollte aber auch nicht unterschätzen, dass es nicht nur um Wissenschaft und Wirtschaft, sondern auch um das europäische Potential auf außenpolitischem Feld geht: Der europäische Barcelona-Prozess bietet Chancen, denn er ist das einzige multilaterale Forum, bei dem Israel und arabische Staaten an einem Tisch sitzen. Sie müssen besser als bisher genutzt werden.

Wir haben schon viel erreicht, aber: Es gibt noch keine echte privilegierte Partnerschaft auf allen Ebenen. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass die bisherigen Strukturen der Zusammenarbeit stärker als bisher mit Leben gefüllt werden. Sie müssen über die ohnehin mit den Mittelmeeranrainern bestehenden Strukturen hinaus klar und umfassend erweitert werden. Ich spreche mich deshalb für eine echte privilegierte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Israel aus. Und ich werde alle mir zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um diese privilegierte Partnerschaft in die Zukunft Wirklichkeit werden zu lassen.

Der Aktionsplan der EU muss institutionalisiert und zugleich inhaltlich erweitert werden. Es muss darum gehen, dass Israel in Zukunft vollen Zugang zu allen relevanten EU-Programmen

bekommt. Das betrifft insbesondere Forschung und Entwicklung, aber auch die Zusammenarbeit in Umweltfragen, bei den europäischen Kulturprogrammen oder beim Kampf gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Auch die gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen muss verbessert werden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass eine solche privilegierte Partnerschaft zu einer zentralen Agenda der Europapolitik der Bundesregierung gemacht wird.

V.

Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland wird seinen Beitrag dazu leisten. Nordrhein-Westfalen engagiert sich seit Jahrzehnten stärker als andere Bundesländer in Israel. Es wird seine traditionell besonderen Beziehungen zu Israel kontinuierlich fortsetzen, festigen und ausbauen. Dazu gehört die umfangreiche Förderung des Tals der zerstörten jüdischen Gemeinden Deutschlands in der Gedenkstätte Yad Vashem. Dazu gehören aber vor allem auch eine Reihe von Austauschprojekten für Bildung, Erziehung, Forschung und Wissenschaft sowie Maßnahmen zur Unterstützung des Friedensprozesses. Vor allem Johannes Rau, den wir vor kurzem zu Grabe tragen mussten, hat die enge Beziehung zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel zu seinem zentralen Anliegen gemacht. Dieses Vermächtnis ist mir Verpflichtung. Deshalb wird die neue Landesregierung auch das erfolgreiche Stipendiatenprogramm für junge israelische Wissenschaftler um

zwei Jahre verlängern. Ebenso wird das Programm zur Fortbildung von Lehrern aus NRW an der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem weitergeführt.

Ein wichtiges Anliegen ist mir aber auch die Stärkung des jüdischen Lebens bei uns in Nordrhein-Westfalen. 2003 haben wir als CDU-Landtagsfraktion einen Antrag dazu auf den Weg gebracht, der dann von allen Fraktionen des Landtags einstimmig beschlossen worden ist. Im Antrag heißt es treffend: „Das Band, das Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen mit Israel verbindet, kann nicht stark genug sein.“

Dieses Band hat viele starke Glieder: Jeder vierte der in Deutschland lebenden Juden lebt bei uns in Nordrhein-Westfalen. In Köln und Düsseldorf gibt es eigene jüdische Schulen und Kindergärten. Neue Synagogen sind gebaut worden, z.B. in Wuppertal. Es gibt jüdische Kulturtage und ein immer stärkeres Interesse am jüdischen Leben und der jüdischen Kultur in unserem Land. Und es gibt eine Fülle von Städtepartnerschaften und Austauschbeziehungen gerade zwischen Jugendlichen, beispielsweise im Rahmen der Aktion Sühnezeichen. Um dies zu stärken und zu festigen, ist ein eigener Staatsvertrag zwischen Nordrhein-Westfalen und den jüdischen Gemeinden und Landesverbänden unterzeichnet worden, der die Finanzierung des jüdischen kulturellen und religiösen Lebens in NRW sichert.

VI.

Der jüdische Denker Edmond Jabès (sprich: Schabäss) wurde in Kairo geboren und ist in Ägypten aufgewachsen. Er hat einen Großteil seines Lebens in Paris verbracht und seine Werke in Französisch geschrieben. Er war jemand, der in vielen Kulturen zu Hause war – und der darum keiner Kultur ganz angehörte.

Er hat viel über das Fremdsein nachgedacht. Und er hat viel über die jüdische Erfahrung in der Geschichte und besonders im 20. Jahrhundert nachgedacht. Besonders beeindruckt hat mich ein Satz von ihm, der lautet sinngemäß: „Frag einen Fremden nicht, woher er kommt, sondern wohin er geht.“

Es geht darum, Brücken zu bauen zwischen den unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen. Es geht darum, Verständnis und Toleranz zu fördern in einer Welt, in der die Konflikte zwischen den Kulturen durch die Globalisierung eher zunehmen als abnehmen.

Deshalb müssen wir nicht immer nur darauf sehen, wo wir herkommen, sondern vor allem darauf, wo wir hingehen. Wir müssen darauf sehen, wo wir auch gerade als ursprünglich Fremde gemeinsam hingehen können. Lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten.